

# Deutschland

Das BIP-Wachstum verlangsamte sich 2018 erheblich, denn zu den vorübergehenden Lieferunterbrechungen in der Kraftfahrzeug- und Chemiebranche Ende des Jahres kam hinzu, dass der Welthandel an Dynamik verlor und sich wichtige Exportmärkte drastisch verlangsamten. Das BIP wird den Projektionen zufolge 2019 um 0,7% und 2020 um 1,2% anziehen. Die zunehmenden politischen Ungewissheiten in Bezug auf Handelskonflikte und den Brexit belasten das Geschäftsklima. Aufgrund dessen wird mit einer Verlangsamung des Exportwachstums und der Unternehmensinvestitionen gerechnet. Die beispiellos niedrige Arbeitslosenquote und der kräftige Lohnauftrieb dürften dem privaten Verbrauch jedoch weiterhin Impulse verleihen, und der Bausektor boomt.

Höhere Renten-, Pflege- und kinderbezogene Ausgaben werden zusammen mit einer geringeren Arbeitsbesteuerung die Inlandsnachfrage des privaten Sektors stützen. Durch eine raschere Auszahlung der für die Modernisierung der Digital-, Verkehrs-, Energie- und Kinderbetreuungsinfrastruktur vorgehaltenen Mittel ließe sich das Wirtschaftswachstum langfristig steigern und gleichzeitig der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ein dringend benötigter Schub verleihen, jetzt da sich die außenwirtschaftlichen Aussichten eintrüben.

## Das Wirtschaftswachstum hat sich erheblich verlangsamt

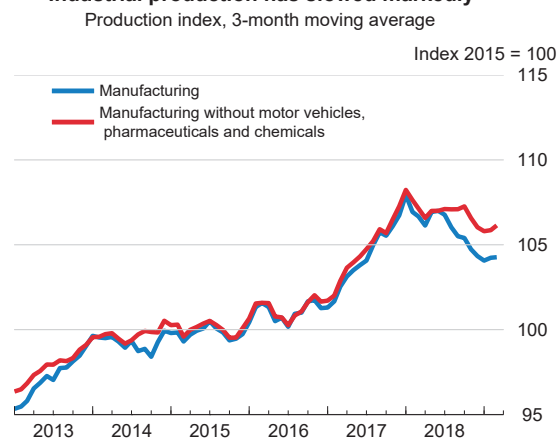
Der deutliche Rückgang des Welthandelwachstums führte zu einer drastischen Konjunkturverlangsamung in Deutschlands stark exportorientierter Wirtschaft. Dies wurde durch vorübergehende Lieferunterbrechungen in der Kraftfahrzeug- und in der Chemiebranche Ende 2018 verstärkt, die durch Verzögerungen bei der Zertifizierung neuer Emissionsstandards für Kraftfahrzeuge und eine Dürre bedingt waren. Die Wirkung dieser temporären Faktoren ist zwar inzwischen abgeklungen, und das BIP-Wachstum hat sich im ersten Quartal 2019 belebt, die Verlangsamung des Welthandels, die sich abzeichnenden Handelskonflikte und die Brexit-bezogene Unsicherheit haben jedoch zu einer deutlichen Eintrübung des Geschäftsklimas geführt.

## Germany 1

**Export orders have plummeted**



**Industrial production has slowed markedly**



Source: Statistisches Bundesamt; OECD Economic Outlook 105 database and OECD calculations.

StatLink  <https://doi.org/10.1787/888933934394>

## Germany: Demand, output and prices

Germany	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Current prices EUR billion	Percentage changes, volume (2010 prices)				
<b>GDP at market prices</b>	3 046.0	2.2	2.5	1.5	0.7	1.2
Private consumption	1 631.1	1.9	2.0	0.9	1.1	1.3
Government consumption	587.4	4.0	1.6	1.0	1.7	1.4
Gross fixed capital formation	604.1	3.4	3.6	2.7	2.7	1.9
Final domestic demand	2 822.6	2.6	2.3	1.3	1.6	1.5
Stockbuilding <sup>1</sup>	- 19.6	0.3	-0.1	0.5	0.0	0.0
Total domestic demand	2 803.0	2.9	2.2	1.9	1.6	1.5
Exports of goods and services	1 425.3	2.1	5.3	2.2	0.9	2.4
Imports of goods and services	1 182.3	4.0	5.3	3.4	3.0	3.3
Net exports <sup>1</sup>	243.0	-0.5	0.4	-0.3	-0.8	-0.2
<i>Memorandum items</i>						
GDP without working day adjustments	3048.8	2.2	2.2	1.4	0.7	1.6
GDP deflator	—	1.4	1.5	1.9	1.9	2.1
Harmonised index of consumer prices	—	0.4	1.7	1.9	1.5	1.7
Harmonised index of core inflation <sup>2</sup>	—	1.0	1.3	1.3	1.4	1.6
Unemployment rate (% of labour force)	—	4.2	3.8	3.4	3.1	2.8
Household saving ratio, net (% of disposable income)	—	9.8	9.9	10.4	10.6	10.5
General government financial balance (% of GDP)	—	0.9	1.0	1.7	0.9	0.8
General government gross debt (% of GDP)	—	76.9	72.3	68.2	66.5	64.7
General government debt, Maastricht definition (% of GDP)	—	68.7	64.5	60.8	59.1	57.3
Current account balance (% of GDP)	—	8.4	8.0	7.4	7.3	7.0

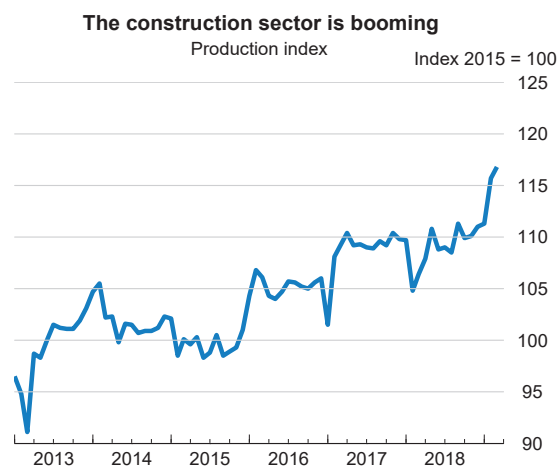
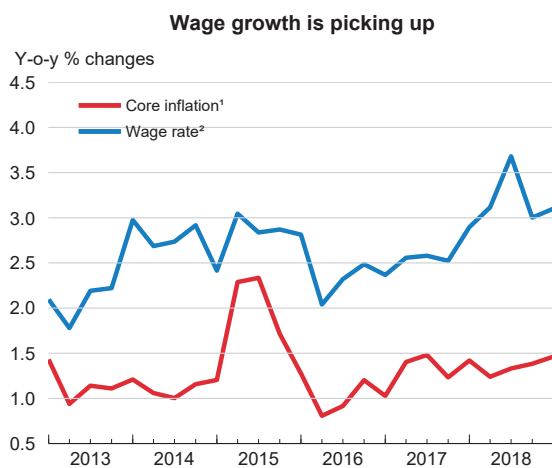
1. Contributions to changes in real GDP, actual amount in the first column.

2. Harmonised index of consumer prices excluding food, energy, alcohol and tobacco.

Source: OECD Economic Outlook 105 database.

StatLink  <https://doi.org/10.1787/888933935382>

## Germany 2



1. Harmonised index of consumer prices excluding food, energy, alcohol and tobacco.

2. Average nominal wage per employee.

Source: Statistisches Bundesamt; and OECD Economic Outlook 105 database.

StatLink  <https://doi.org/10.1787/888933934413>

Die sich abschwächende Weltwirtschaft belastet die Nachfrage nach Investitionsgütern, auf die Deutschland spezialisiert ist, und die Exportauftragseingänge sind erheblich gesunken. Die Industrieproduktion hat sich verlangsamt, bei Ausklammerung von Einmalfaktoren allerdings nicht ganz so stark.

Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor robust. Der Lohnauftrieb beschleunigte sich 2018 deutlich und hat begonnen, sich langsam in der Kerninflationsrate niederzuschlagen. Sowohl die Quantität als auch die Qualität der Beschäftigung verbessern sich weiter, da der Zuwachs an Arbeitsplätzen hauptsächlich reguläre Beschäftigungsverhältnisse betrifft, während die Zahl der nur begrenzt sozialversicherungspflichtigen Minijobs mit geringer Stundenzahl und eingeschränkter sozialer Sicherung rückläufig ist. Im Bausektor setzt sich der Boom fort.

### **Eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen würde die Nachfrage und das langfristige Wachstum stützen**

Die stark expansiv ausgerichtete Geldpolitik im Euroraum und eine weitere Lockerung der Kreditstandards sorgen weiter für günstige Finanzierungsbedingungen, was den Boom auf dem Wohnimmobilienmarkt anheizt. Höhere öffentliche Renten-, Pflege- und kinderbezogene Ausgaben werden zusammen mit gewissen Steuererleichterungen für FuE und Einkommensteuersenkungen den Haushaltsüberschuss verringern und den Verbrauch sowie die Investitionen des privaten Sektors stützen.

Im Bundeshaushalt sind höhere Investitionen in Kinderbetreuungs-, Verkehrs- und Digital-Infrastruktur – insbesondere auf Landes- und Kommunalebene – sowie zusätzliche Mittel für Bildung, Forschung und Innovation vorgesehen. Trotz eines erheblichen Investitionsstaus liegen die geplanten Infrastrukturausgaben im Verhältnis zum BIP allerdings nach wie vor unter dem Durchschnitt, der 2018 in anderen Ländern des Euroraums verzeichnet wurde. Höhere Investitionsziele würden das Wirtschaftswachstum langfristig stärken und die Inlandsnachfrage im gegenwärtigen Abschwung stützen.

Um eine effektive Umsetzung der Investitionsvorhaben zu fördern, bedarf es Anstrengungen zur Erhöhung der Planungskapazitäten – vor allem auf Kommunalebene – und zur Vereinfachung der Verwaltungsverfahren. Die Pläne zur Vereinfachung und Straffung der Verfahren für den Ausbau des Stromübertragungsnetzes sind zu begrüßen. Diese Infrastruktur ist entscheidend, um die Umstellung auf saubereren Strom rascher zu bewältigen, damit sichergestellt wird, dass der in Norddeutschland erzeugte Windstrom in den Süden übertragen werden kann, wo die Industrieproduktion konzentriert ist. Ähnlich ehrgeizige Pläne in anderen Bereichen würden einen rascheren Ausbau digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze in ländlichen Gebieten fördern, was die Einführung digitaler Technologien, das Wirtschaftswachstum und den regionalen Zusammenhalt unterstützen würde. Durch zügigere Investitionen in qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ließe sich Chancengleichheit im Bildungswesen fördern und könnten Eltern ihre Arbeitszeiten ihren Wünschen entsprechend gestalten. Dies würde auch dazu beitragen, die erheblichen geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Karriereaussichten und den Einkommen zu verringern.

### **Der schwächere Welthandel und Kapazitätsengpässe werden das Wirtschaftswachstum verlangsamen**

Der Verbrauch des öffentlichen und des privaten Sektors wird den Projektionen zufolge das Wachstum fördern, da sich die Lohn- und Beschäftigungszuwächse fortsetzen werden. Allerdings wird das Tempo wohl verhaltener ausfallen, da die erhebliche Unsicherheit bezüglich des außenwirtschaftlichen Umfelds zu vorsichtigeren Tarifabschlüssen im privaten Sektor führen dürfte. Es wird mit einem Preisauftrieb von weiterhin deutlich unter 2% gerechnet. Die hohe Kapazitätsauslastung und die günstigen Finanzierungsbedingungen stützen zwar die Investitionstätigkeit, ihr Wachstum wird sich aufgrund der schwächeren Aussichten für die Weltwirtschaft jedoch voraussichtlich verlangsamen. Die Kapazitäts- und Arbeitskräfteengpässe dürften

zu einer Verlangsamung der Wohnungsbauinvestitionen beitragen. Unter dem Einfluss des nachlassenden Exportwachstums wird mit einem leichten Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses auf 7% des BIP bis 2020 gerechnet.

Mehrere außenwirtschaftliche Risiken könnten zusammentreffen und zu einer drastischeren und länger andauernden Verlangsamung der deutschen Wirtschaft führen. Dies sind u.a. eine Intensivierung der Konflikte im Welthandel – vor allem, wenn sie mit Zöllen auf deutsche Kraftfahrzeuge verbunden sind –, eine über Erwarten starke Verlangsamung in China oder ein unregelter Brexit. Wenn sich Inlandsnachfrage und Einfuhren wiederum kräftiger entwickeln sollten als in dieser Projektion unterstellt, könnte die deutsche Wirtschaft zur Lokomotive für ein rascheres Wachstum im Euroraum werden. Eine rasche und flexible Steigerung der Staatsausgaben oder stärkere Senkungen der Arbeitsbesteuerung würden ein solches Szenario wahrscheinlicher machen.